

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Schulz, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/3535 –**

Für unser Land – Bürokratie richtig abbauen und Unternehmen entlasten

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, ein umfassendes Bürokratieabbauprogramm für Unternehmen, Mittelstand und Industrie vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3535 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Klaus-Peter Willsch
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Klaus-Peter Willsch

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/3535** wurde in der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. September 2022 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/3535 stellende Fraktion der AfD stellt fest, dass durch die Folgen der Corona-Krise und die Auswirkungen des Ukraine-Krieges staatliche Vorschriften und Rahmenbedingungen zu einer existenziellen Bedrohung für Unternehmen werden könnten. Unternehmen würden nicht nur durch die erschwerten Beschaffungswege und deutlichen Preissteigerungen auf Energie schwer belastet, sondern seien auch bürokratischen Anforderungen ausgesetzt, die für sie erhebliche Mehrkosten bedeuteten. Daher seien die Forderungen der Unternehmen nach Entbürokratisierung und Verfahrensbeschleunigungen besonders aktuell. Die Fraktion erwarte, dass der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung die Entstehung von EU-Normen begleiten, die zu einer weiteren Bürokratisierung in Unternehmen, der Industrie und dem Mittelstand führen könnten. Die Politik müsse Unternehmen im Hinblick auf Mehrkosten, die durch Bürokratie entstünden, entlasten. Andernfalls bremse die Bürokratisierung das Wachstum der Wirtschaft und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze aus. Daher fordert die Fraktion der AfD die Bundesregierung auf, ein umfangreiches und effektives Bürokratieabbauprogramm vorzulegen. Mit diesem Programm sollten Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsabläufe und Planungsverfahren auf nationaler Ebene sowie Normen auf europäischer Ebene verschlankt werden. Die nationalen und europäischen Abläufe sollten im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit für Unternehmen, den Mittelstand und die Industrie und die durch sie entstehenden Bürokratiekosten überprüft und begleitet werden. Zudem sei eine Weiterentwicklung des seit 2015 in den Bundesministerien eingeführten Prinzips „Ein Gesetz rein – ein Gesetz raus“ zu einem „one in – two out“-Prinzip erforderlich. Für den Fall, dass der Gesetzgeber bei der Umsetzung europäischer Gesetzgebung über die EU-Vorgaben hinausgehe, müsse eine Dokumentierung und Begründung erfolgen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3535 in seiner 41. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3535 in seiner 42. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/3535 in seiner 37. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/3535 in seiner 30. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/3535 in seiner 34. Sitzung am 8. Februar 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3535 zu empfehlen.

Berlin, den 8. Februar 2023

Klaus-Peter Willsch
Berichtersteller